

Presseinformation

Höhere Grundsteuer verteuert Wohnen

Erhöhung der Grundsteuer würde deutlich höhere Wohnkosten für alle verursachen. Ausnahmenregelungen wären nicht nachvollziehbar.

„Eine Erhöhung der Grundsteuer, wie sie derzeit diskutiert wird, würde deutlich höhere Wohnkosten für die Mieter verursachen“, betont Dr. Friedrich Noszek, Präsident des Österreichischen Haus- und Grundbesitzerbundes. Die Grundsteuer aus dem Betriebskostenkatalog herauszunehmen, ist für ihn nicht vorstellbar, da diese Steuer einen Teil der laufenden Kosten für ein Haus darstellen.

(Wien, 15. Juli 2010) Die Grundsteuer wird vom Einheitswert berechnet und ist Teil der Fixkosten für ein Haus. Diese Steuer wird daher entsprechend aufgeteilt und den Betriebskosten der jeweiligen Wohnungen zugerechnet. Nun wird darüber diskutiert, die Grundsteuer an den Verkehrswert eines Hauses anzupassen. Und das würde eine massive Verteuerung der Wohnkosten mit sich bringen.

Betriebskosten würden steigen

„An konkreten Beispielen haben wir berechnet, dass die Steuer bei einer geplanten Anhebung auf den Verkehrswert um mehr als das Zwanzigfache steigen könnte. Das würde die Betriebskosten eines Hauses deutlich erhöhen. Und damit wären etwa die Besitzer von Einfamilienhäusern genauso mit höheren Wohnkosten konfrontiert wie die Mieter in einem Zinshaus. Ich bezweifle, dass es sozial gerecht ist, über Wohnkosten, die jeden betreffen, das Budget sanieren zu wollen“, betont Noszek.

„Auch die Diskussion, die Grundsteuer aus dem Betriebskostenkatalog zu streichen, ist nicht sinnvoll: ‚Häuslbauer‘ und Wohnungseigentümer müssten die Steuer trotzdem entrichten. Und obwohl Mieter zwar dann davon befreit sind, wären sie auch Leidtragende, da der

Eigentümer weniger Investitionen an seinem Haus durchführen könnte. Und das wäre ein Nachteil für die Gebäude und damit für Mieter und Vermieter. Dass damit auch Steuereinnahmen für den Staat verloren gingen und gleichzeitig Arbeitsplätze gefährdet wären, ist ebenfalls zu berücksichtigen“, weist Noszek auf einige Auswirkungen hin.

Ausnahmeregelungen wären nicht sinnvoll

„Wenn Einfamilienhäuser und/oder Wohnungseigentum von einer erhöhten Grundsteuer ausgenommen werden, so wäre diese Steuer nicht mehr budgetrelevant, sondern eine unverständliche einseitige Belastung von Zinshausbesitzern, die niemandem nützt“, erklärt Noszek.

Abgabenquote würde weiter steigen

Dass damit auch die Abgabenquote in Österreich weiter steigen würde, wäre eine weitere Folge der erhöhten Grundsteuer. Schon liegen die Österreicherinnen und Österreicher mit 41,5 Prozent des BIP an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen (*Quelle: EU-Kommission*) im Europäischen Spitzenfeld mit ihrer Abgabenlast. Der EU (27)-Durchschnitt liegt bei 38,6 Prozent und der ist wiederum deutlich über dem OECD-Schnitt.

„Wir appellieren an die zuständigen Politiker, keine Anhebung der Grundsteuer zu beschließen. Dieser Schritt wäre unsozial, oder mit umfassenden Ausnahmeregelungen einseitig unverständlich auf Vermieter gerichtet, gleichzeitig nicht budgetrelevant und würde die Abgabenquote weiter erhöhen“, betont Noszek.

Rückfragen: Dr. Friedrich Noszek, 0676 / 303 91 15